

**Vorlagennummer:** FB 36/0537/WP18  
**Öffentlichkeitsstatus:** öffentlich  
**Datum:** 18.10.2024

## **Genehmigung der AUK-Niederschrift vom 26.06.2024 - öffentlicher Teil**

---

**Vorlageart:** Entscheidungsvorlage  
**Federführende Dienststelle:** FB 36 - Fachbereich Klima und Umwelt  
**Beteiligte Dienststellen:**  
**Verfasst von:**

### **Beratungsfolge:**

<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>
05.11.2024	Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	Entscheidung

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift vom 26.06.2024 öT.

**Finanzielle Auswirkungen:**

	JA	NEIN	
		X	

<b>Investive Auswirkungen</b>	Ansatz 20xx	Fortgeschrieben er Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieben er Ansatz 20xx ff.	Gesamtbedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
	Einzahlungen	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

<b>konsumtive Auswirkungen</b>	Ansatz 20xx	Fortgeschrieben er Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieben er Ansatz 20xx ff.	Folge-kosten (alt)	Folge-kosten (neu)
	Ertrag	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

**Weitere Erläuterungen (bei Bedarf):**

Keine

**Klimarelevanz:**

**Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung** (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Der Effekt auf die CO2-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Größenordnung der Effekte**

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO<sub>2</sub>-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

- gering  unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel  80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß  mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

- gering  unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel  80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß  mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

**Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO<sub>2</sub>-Emissionen erfolgt:**

- vollständig
- überwiegend (50% - 99%)
- teilweise (1% - 49 %)
- nicht
- nicht bekannt

**Erläuterungen:**

**Anlage/n:**

1 - AUK Niederschrift 26.06.2024 - fertig (öffentlich)

**N i e d e r s c h r i f t**  
**Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz**

13. September

2024

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 26.06.2024
<b>Sitzungsbeginn:</b>	16:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	17:00 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Sitzungssaal Haus Löwenstein, Haus Löwenstein

---

Anwesende:

Ratsfrau Iris Lürken

Ratsherr Holger Kiemes

Ratsherr Jöran Stettner

Ratsherr Peter Blum

Ratsherr Jörg Bogoczek

Ratsfrau Julia Brinner

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsherr Henning Nießen

Ratsfrau Dr. Heike Wolf

Herr Marco Terporten

AUK/42/WP18

Ausdruck vom: 13.09.2024

Seite: 1/11

Frau Dr. Anja Fitter

Herr Simon Janko

Vertretung für: Herrn Gero Matthias  
Schuch

Herr Marcus Liebmann

Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Müggenborg

Herr Dr. Andreas Nositschka

Frau Barbara Stockem

Herr Reiner Nerlich

Herr Safi Özbay

Herr Rolf Schumacher

Abwesende:

Herr Gero Matthias Schuch

abwesend

Gäste

Frau Christa Rößler, AG Behindertenhilfe

von der Verwaltung:

Herr Heiko Thomas, Dez. VII

Herr Klaus Meiners, FBL FB 36

Herr Peter Sellung, FB 37

Herr Andreas Bierfert, FB 37

als Schriftführer:

Frau Andrea Schürmann, FB 36/100

AUK/42/WP18

Ausdruck vom: 13.09.2024

Seite: 2/11

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
  
- 2 **Integriertes Klimaschutzkonzept (2023) „Aachen: Der Weg klimaneutral 2030“  
Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 13.03.2024, Priorisierung der Maßnahmen aus dem Gutachten „Der Beitrag zum Klimastadtvertrag – Die Aktivitäten“  
Vorlage: FB 36/0389/WP18**
  
- 3 **Integriertes Klimaschutzkonzept (2023) „Aachen: Der Weg klimaneutral 2030“  
Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 13.03.2024, Priorisierung der Maßnahmen aus dem Gutachten „Der Beitrag zum Klimastadtvertrag – Die Aktivitäten“  
Vorlage: FB 36/0389/WP18-1**
  
- 4 **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Regelung grenzüberschreitender Hilfe im Brandschutz zwischen der Stadt Aachen und der Hilfeleistungszone deutschsprachige Gemeinschaft  
Vorlage: FB 37/0026/WP18**
  
- 5 **Tagesordnungsantrag der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD - Sachstand zum Ratsantrag 426/18 "Förderung ökologischer Projekte in Kleingartenvereinen" vom 06.03.2024  
Vorlage: FB 23/0248/WP18**
  
- 6 **Mitteilung der Verwaltung**

## **Protokoll:**

Öffentlicher Teil

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende Frau Lürken eröffnet die Sitzung.

Sie gibt die zusätzlichen und neuen Termine für die Ausschusssitzungen im 2. Halbjahr 2024 bekannt und teilt mit, dass diese dem Gremium per Mail übermittelt werden.

Sie geht auf die Tagesordnung ein und erläutert, dass es sich bei TOP 3 um eine Ergänzungsvorlage zu TOP 2 handelt, in der lediglich ein erweiterter Beschlussvorschlag eingefügt wurde.

Es sei daher sinnvoll TOP 2 und TOP 3 gemeinsam zu beraten.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

### **zu 2 Integriertes Klimaschutzkonzept (2023) „Aachen: Der Weg klimaneutral 2030“ Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 13.03.2024, Priorisierung der Maßnahmen aus dem Gutachten „Der Beitrag zum Klimastadtvertrag – Die Aktivitäten“ Vorlage: FB 36/0389/WP18**

TOP 2 und TOP 3 werden gemeinsam beraten.

### **zu 3 Integriertes Klimaschutzkonzept (2023) „Aachen: Der Weg klimaneutral 2030“ Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 13.03.2024, Priorisierung der Maßnahmen aus dem Gutachten „Der Beitrag zum Klimastadtvertrag – Die Aktivitäten“ Vorlage: FB 36/0389/WP18-1**

Die Vorsitzende Frau Lürken erläutert, dass als Tischvorlage und vorab per Mail eine Bewertungsmatrix an alle Gremiumsmitglieder versandt wurde.

AUK/42/WP18

Ausdruck vom: 13.09.2024

Seite: 4/11



Vor der Sitzung wurden zwei Änderungsanträge für die Beschlussfassung verteilt.

Der 1. Änderungsvorschlag der Fraktionen der Grünen, CDU, SPD, Die Zukunft und der FDP .

Der 2. Änderungsvorschlag der Fraktion Die Linke.

Ratsherr Stettner dankt für die Vorstellung Anfang Juni im AUK und dann den sich daran anschließenden Beratungen in den Fachausschüssen. In der Zwischenzeit habe die Verwaltung die Wünsche aufgegriffen und die ausliegende Matrix geliefert.

Der durch mehrere Fraktionen vorgelegte Änderungsentwurf zum Beschluss nehme alle Themen auf.

Das Signal an die Stadtgesellschaft sei hiermit , dass man sich für den Klimaschutz dezernatsübergreifend einsetzen wolle.

Ratsherr Terporten führt aus, dass es um die dynamische Weiterentwicklung des Klimaentscheids gehe. Die Maßnahmen seien alleine aus dem städtischen Haushalt nicht zu leisten und die Verwaltung werde daher beauftragt, weitere Finanzierungsmöglichkeiten zu erschließen.

Herr Dr. Nositschka findet die gemachten Vorschläge gut.

Die Ziele seien für die Erreichung der Klimaneutralität 2030 wichtig.

Ratsherr Kienes erläutert, dass es wichtig sei, dass die Maßnahmen im Einzelnen später beraten werden. Die Maßnahmen, die über 2030 hinaus gehen, würden zu vielen Veränderungen führen.

Es gehe um viel Geld und es sei nicht klar, ob man alle Fördergelder erhalten werde.

Daher gehöre zur Ehrlichkeit hinzu, dass davon auszugehen sei, dass Klimaneutralität zum Datum 2030 nicht erreicht werden könne. Gerichtet an Herrn Dr. Nositschka ist ihm wichtig, dass man versuche so nah wie möglich an die Ziele zu kommen.

Ratsfrau Dr. Wolf ist froh über das Zustandekommen des gemeinsamen Änderungsantrags so vieler Fraktionen. Finanziell sei es eine große Aufgabe und es gebe auch andere wichtige Themen, für die finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssten.

Ratsherr Blum dankt für die umfangreichen Unterlagen in der Kürze der Zeit.

Er zweifle daran, dass alles geschafft werden könne, aber es müsse alles versucht werden, alle Fördermöglichkeiten auszuschöpfen.

Ratsfrau Brinner dankt allen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit. Ihr sei wichtig, dass man nicht nur bis zur nächsten Kommunalwahl schaue, sondern auch unabhängig von Ratsmehrheiten das Klimaprogramm umsetzen wolle.

Die Vorsitzende Frau Lürken erinnert an Abstimmungen des Ausschusses aus der Vergangenheit, bei denen man einstimmig für die Umsetzung der Ziele abgestimmt habe.

Herr Dr. Nositschka geht darauf ein, dass im vorliegenden Programm auch Maßnahmen enthalten seien, die auch starke Signale in Richtung der Aufsichtsräte bei ASEAG und STAWAG geben würde. Daher richtet er den Appell an den Ausschuss, die weitergehenden Ziele aus dem Änderungsantrag mit aufzunehmen.

Ratsherr Stettner kann den Appell an die Stadtfamilie mittragen und es sei denkbar diese Fokussierung mit dem Monitoring zu verbinden.

Herr Prof.Dr. Muggenborg fände es schlecht, wenn konkrete Zahlen genannt würden, die dann evtl. nicht erreicht werden könnten. Daher müsse in seinen Augen die Zielmarke „mögliche Klimaneutralität“ sein. Die Ergebnisse seien auch von vielen Dingen abhängig, die die Stadt selbst nicht steuern könne.

Herr Beigeordneter Thomas erläutert, dass er hinter allen Punkten in der Vorlage stehe. An vielen Stellen müssen Diskussionen folgen. Er möchte dazu einladen weiter zu besprechen und zu diskutieren. Er hoffe, dass auch gleich im Rat ein entsprechender Beschluss gefasst werde, um die Maßnahmen fortführen zu können.

Es handele sich um ein Prozess, der permanent angepasst werde.

Die Ausschussvorsitzende lässt über die vorgelegten Änderungsbeschlüsse getrennt abstimmen.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Beschlussantrag der Fraktion der Linken lautet wie folgt:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat zu beschliessen, das Handlungsprogramm der aus dem Gertec Gutachten „Aachen klimaneutral 2030“ abgeleiteten

Klimaschutzmaßnahmen und bekräftigt die Anstrengungen zur Beteiligung an der EU-Mission 100 Climate Neutral and Smart Cities 2030. Er beauftragt die Verwaltung:

1. mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Governance Maßnahmen um ein verbessertes Projektmanagement, Monitoring, noch stärkere Fördermittelakquise und Weiterentwicklung des Klimastadtvertrags zu gewährleisten.
2. die Handlungsfelder gemäß der ergänzend vorgelegten Priorisierung weiter auszuarbeiten und den Umsetzungprozess zu beginnen, das heißt zur abschließenden Beschlussfassung in die entsprechenden Fachausschüsse einzubringen sofern die Maßnahme dort nicht schon beschlossen wurde, mit der zeitlichen Projektplanung rechtzeitig zum Haushalt 2025 für die Haushaltsaufstellungen und das reguläre Stellenplanverfahren ein zu bringen.
3. mit der Weiterführung der beschlossenen IKSK-1.0-Maßnahmen. Sofern hierfür Entfristungen von Personalstellen erforderlich sind, sollen die Bedarfe im Rahmen des Stellenplanverfahrens eingebracht werden, falls keine negative Evaluation der IKSK-1.0- Maßnahmen durch den zuständigen Fachausschuss stattgefunden hat.
4. mit der regelmäßigen Prüfung von zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten für jede der vorgeschlagenen Maßnahmen (z.B. neue Förderprogramm insbesondere aus der EU-Mission 100 CNSC) und der Erarbeitung von ergänzenden Finanzierungskonzepten (z.B. Bürgeranleihen).
5. mit der dynamischen Weiterentwicklung des Handlungsprogramms, um sowohl bisher nicht priorisierte und neue Maßnahmen in die politische Beratung einzubringen, die ein hohes CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial und schnelle Umsetzbarkeit versprechen, als auch ineffiziente Maßnahmen frühzeitig wieder zu reduzieren. Diese so rechtzeitig jährlich in die politische Beratung einzubringen, dass sie in den Haushaltberatungen für das Folgejahr berücksichtigt werden können. Genügend Maßnahmen so zu erarbeiten, dass die eingesparten CO<sub>2</sub> Emissionen aller Maßnahmen von Jahr zu Jahr steigen und spätestens in 2030 die Zielmarke von 574.100 t CO<sub>2</sub> eq p.a. (siehe Gertec Gutachten, „Minimum Einfluss der kommunalen Familie“) erreichen.

**Abstimmung:**

**Bei 1 Ja Stimme mehrheitlich abgelehnt.**

2. Der Änderungsantrag zum Beschluss der Fraktionen der Grünen, der CDU, der SPD, Die Zukunft und der FDP lautet wie folgt:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen das Handlungsprogramm der aus dem Szenariogutachten „Aachen klimaneutral 2030“ abgeleiteten Klimaschutzmaßnahmen im Grundsatz zu beschließen und die Anstrengungen zur Beteiligung an der EU-Mission 100 Climate Neutral and Smart Cities 2030 zu bekräftigen. Er beauftragt die Verwaltung:

1. mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Governance Maßnahmen um ein verbessertes Projektmanagement, Monitoring, noch stärkere Fördermittelakquise und die Weiterentwicklung des Klimastadtvertrags zu gewährleisten
2. die Handlungsfelder gemäß der ergänzend vorgelegten Priorisierung, aber exklusive Punkt 22.2, weiter auszuarbeiten und in die Umsetzung zu führen. Das heißt, sofern die Maßnahme dort nicht schon beschlossen wurde, sie zunächst zur weiteren Beratung in die entsprechenden Fachausschüsse einzubringen, wenn mit vertretbarem Aufwand möglich um eine Schätzung der CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale zu ergänzen, eine zeitliche Projektplanung zu erstellen und dann schrittweise und nach Verfügbarkeit von personellen und finanziellen Ressourcen in die Haushaltsaufstellungen und das reguläre Stellenplanverfahren der nächsten Jahre einzubringen
3. mit der Weiterführung der beschlossenen IKSK-1.0-Maßnahmen. Sofern hierfür Entfristungen von Personalstellen erforderlich sind und eine positive Evaluation durch den zuständigen Fachausschuss stattgefunden hat, sollen die Bedarfe im Rahmen des Stellenplanverfahrens eingebracht werden
4. mit der regelmäßigen Prüfung von zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten für jede der vorgeschlagenen Maßnahmen (z.B. neue Förderprogramme insbesondere aus der EU-Mission 100 CNSC) und der Erarbeitung von ergänzenden Finanzierungskonzepten (z.B. Bürgeranleihen)
5. mit der dynamischen Weiterentwicklung des Handlungsprogramms, um sowohl bisher nicht priorisierte und neue Maßnahmen in die politische Beratung einzubringen, die ein hohes CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial und schnelle Umsetzbarkeit versprechen, als auch ineffiziente Maßnahmen frühzeitig wieder zu reduzieren

**Abstimmung:**

**einstimmig beschlossen**

**zu 4 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Regelung grenzüberschreitender Hilfe im Brandschutz zwischen der Stadt Aachen und der Hilfeleistungszone deutschsprachige Gemeinschaft**

**Vorlage: FB 37/0026/WP18**

Es erfolgt eine kurze Aussprache, bei der verschiedene Gremiumsmitglieder auf die Bedeutung der grenzüberschreitenden Regelungen hinweisen. Dies sei gelebtes Europa.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Hilfeleistungszone Deutschsprachige Gemeinschaft und der Stadt Aachen zu gegenseitiger Hilfeleistung bei der Brandbekämpfung und bei technischer Hilfeleistung zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig beschlossen**

**zu 5 Tagesordnungsantrag der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD - Sachstand zum Ratsantrag 426/18 "Förderung ökologischer Projekte in Kleingartenvereinen" vom 06.03.2024**

**Vorlage: FB 23/0248/WP18**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig beschlossen.**

**zu 6 Mitteilung der Verwaltung**

Bei Mitteilungen der Verwaltung wurden vorab eine Mitteilung des FB 61 versandt zu den Änderungen des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln

Hier: Auswirkungen der Entscheidungen des OVG Münster zum Landesentwicklungsplan -NRW auf die Terminplanung der Bezirksregierung.

**Die Sitzung endet um 16.45 Uhr.**

Iris Lürken  
(Ausschussvorsitzende)

Andrea Schürmann  
(Schriftführerin)

Sibylle Keupen  
(Oberbürgermeisterin)